



Anfrage Nr.: AF1420/21

Datum: 30.04.2021

A N F R A G E

FDP-Fraktion

Gegenstand:

Verwaltungsaufwand im Sozialbereich

Einleitung:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ein Blick in das entsprechende Verzeichnis der Stadt zeigt, einen sehr umfangreichen Bestand an städtischen Richtlinien und Satzungen. Die Fülle an Vorschriften wird für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt schnell undurchsichtig. Das ist insbesondere in Bereichen kritisch, in denen Menschen und Organisationen auf Unterstützung durch die Stadt angewiesen sind. Spiegelbildlich ist zu vermuten, dass die Vielzahl der Vorschriften auf Seiten der Verwaltung Ressourcen bindet, die dafür gedacht sind, diese Unterstützung sicherzustellen. Dazu habe ich folgende Fragen:

Fragen:

1. Wie viel Aufwand, gemessen in Vollzeitäquivalenten in der Verwaltung, verursacht die Umsetzung bzw. Anwendung der folgenden Satzungen und Richtlinien der Landeshauptstadt?
 - a. Richtlinie für eine behindertengerechte Gestaltung der Stadt Dresden
 - b. Schwerbehinderten-Fahrdienst-Richtlinie
 - c. Richtlinie zur Förderung von anerkannten Betreuungsvereinen
 - d. Richtlinie Mietrechtsberatung
 - e. Fachförderrichtlinie Sozialamt
 - f. Satzung über die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen für vertraglich belegungsgebundene Wohnungen
 - g. Richtlinie zur Gewährung des Dresden-Passes für Einwohnerinnen und Einwohner
 - h. Richtlinie zur sozialen Mietwohnraumförderung



i. Unterbringungssatzung

Für die Beantwortung meiner Fragen bedanke ich mich im Voraus und verbleibe
mit freundlichen Grüßen

Christoph Blödner